

## **Öffentlichen Sektor bremsen, Zuwanderung steuern: Für einen konkurrenzfähigen Kanton Zürich**

In der Wintersession 2016 unterliess es die Bundesversammlung, den Verfassungsauftrag zur Regelung der Zuwanderung (Art. 121a BV) umzusetzen. Die negativen Konsequenzen der masslosen Zuwanderung wie die Einwanderung in die Sozialwerke, steigende Arbeitslosigkeit und hohe Kriminalität bleiben.

Gleichzeitig ist eine massive Aufblähung des öffentlichen Sektors zu beobachten. Der Kanton Zürich ist mit 35'000 Angestellten grösster Arbeitgeber im Kanton. Insgesamt arbeiten heute rund 100'000 Personen im Kanton Zürich in einer Verwaltung oder bei staatsnahen Betrieben – mit steigendem Ausländeranteil.

Die SVP Kanton Zürich hält in einer Resolution fest:

1. Die Schweiz muss die Zuwanderung von Ausländern eigenständig steuern. Die SVP Kanton Zürich fordert die SVP Schweiz auf, die Umsetzung dieses Verfassungsauftrags hartnäckig einzuverlangen.
2. Der Kanton Zürich als grösster Arbeitgeber im Kanton steht ebenfalls in der Pflicht, Massnahmen im Zusammenhang mit der Steuerung der Zuwanderung zu treffen. Aufbauend auf das Monitoring des Amts für Wirtschaft und Arbeit (AWA) betr. Berufe mit Fachkräftemangel sollen griffige anstellungspolitische Massnahmen erarbeitet und umgesetzt werden.
3. Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat, wo notwendig, entsprechende Gesetzesvorlagen zum Beschluss zu unterbreiten, damit alle erforderlichen Massnahmen getroffen werden können, um die Zuwanderung besser steuern zu können und so dem Auftrag von Art. 121a BV wenigstens auf kantonaler Ebene Nachachtung zu verschaffen.
4. Die Entwicklung des öffentlichen Sektors ist besorgniserregend. Es ist darauf Einfluss zu nehmen, dass die Anzahl der Beschäftigten nicht weiter steigt: Die Privatwirtschaft muss wachsen, nicht der Staat. Die Kantonsratsfraktion bereitet entsprechende Vorstösse vor.

Der Zugang zu Fachkräften ist für das Gewerbe von zentraler Bedeutung. Ein liberaler Arbeitsmarkt muss erhalten bleiben. Dazu müssen die Zuwanderung gesteuert und unerwünschte Zuzüge unterbunden werden. Vor diesem Hintergrund ist es zentral, dass die öffentliche Hand ihre Verantwortung auch bei der Regelung der Zuwanderung übernimmt.